



Schwarz

Aus

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold

Wir ertheilen Aufträge übernahmen mit besten Bewilligungen. Druckerei, od. Konzeptionen bis auf den kleinsten Theil. Preis: Die einseitige Seite ober deren Raum 10 Pfennig.

1897 254

Alter

Die Beschlüsse des Reichskabinetts

Zur Frage Preußen — Reich

Berlin, 28. Okt. Der Empfang des früheren preussischen Ministerpräsidenten Braun beim Reichspräsidenten v. Hindenburg ist auf Samstag 12.15 Uhr mittags festgelegt worden. Vorher werden die Beschlüsse, die das Kabinett am Freitag gefasst hat, nicht veröffentlicht. Die zuständigen Stellen in der Wilhelmstraße lehnen auch jede weitere Erklärung über die Verwaltungsvereinbarung Reich-Preußen solange ab, bis nicht der Reichspräsident die Vorschläge des Kabinetts genehmigt.

Die in der Sitzung des Reichskabinetts am Freitag beschlossenen Maßnahmen sollen sich in drei Gruppen gliedern:

1. Es werden Persönlichkeiten zu Reichsministern ohne Portefeuille ernannt und gleichzeitig mit der kommissarischen Verwaltung dreier preussischer Ministerien beauftragt. Es sind dies die Herren Dr. Bracht für das preussische Ministerium des Innern, der frühere Staatssekretär Dr. Popitz für das preussische Finanzministerium.

2. Das preussische Landwirtschafts- und preussische Justizministerium werden von heute an von den Inhabern der entsprechenden Reichsverwaltungen, also vom Reichsernährungsminister Frhr. von Braun und Reichsjustizminister Dr. Gürtner kommissarisch mitverwaltet.

3. In den Sachgebieten des preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe und am Volkswohlfahrtsministerium wird eine solche Schrumpfung vorgenommen werden, daß der Weiterbestand dieser Ministerien nicht mehr gerechtfertigt ist; die Verwaltung wird von den entsprechenden anderen preussischen oder Reichsministerien übernommen werden.

Der Zweck dieser Maßnahme, die die Billigung des Reichspräsidenten haben, da dieser ja die Ernennung der Minister ohne Portefeuille vornehmen wird, ist der, unter keinen Umständen die Zweifelt Reich-Preußen wieder aufleben zu lassen. Auf der anderen Seite fühlt sich die Reichsregierung gerade nach dem Leipziger Spruch berechtigt, diese Maßnahmen zu treffen, um so mehr, als es jetzt darauf ankommt, alle Ausweitungen etwaiger Amtsbesetzungen der früheren preussischen Minister zu verhindern.

Alle Gerüchte, die über diese Maßnahme hinausgehen, verzeichnen nur Möglichkeiten. Dazu gehört auch die von einem Berliner Mittagsblatt gemeldete Ernennung des kommissarischen Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Nassau, Dr. v. Hülsen, zum kommissarischen Leiter des preussischen Kultusministeriums und ebenfalls Reichsminister ohne Portefeuille. In unterrichteten Kreisen betont man, daß sich noch keineswegs sagen läßt, wie die Lösungen im einzelnen aussehen werden.

Braunkabinetts und Organisationsänderungen

Berlin, 28. Okt. Vom preussischen Staatsministerium wird zu den Meldungen über die geplanten Organisationsänderungen folgendes erklärt:

Das preussische Staatsministerium hat bei den in Frage kommenden Reichsstellen die erforderlichen Schritte unterzogen, damit im Sinne der Entscheidung des Staatsgerichtshofes und im Interesse einer reibungslosen Zusammenarbeit einschneidende Beschlüsse unterbleiben, solange nicht eine vorherige Verhandlung mit den zuständigen Stellen der Landesregierungen stattgefunden hat. Hierzu wird die am Samstag stattfindende Aussprache beim Herrn Reichspräsidenten die Grundlage bilden.

Ausdehnung des weiblichen Arbeitsdienstes

Berlin, 28. Okt. Wie das Nachrichtenbüro des B.D.Z. meldet, landen unter Leitung des Reichskommissars für den freiwilligen Arbeitsdienst, Dr. Spruy, Verhandlungen mit sachverständigen Vertreterinnen aus verschiedenen Wohlfahrtsorganisationen über die Ausdehnung des freiwilligen Arbeitsdienstes für weibliche Erwerbslose. In den Verhandlungen waren Vertreterinnen sämtlicher maßgebender Organisationen, und zwar von den professionellen Gruppen bis zur Arbeiterhilfe, beteiligt. Es nahm auch eine Anzahl Abgeordneter an den Besprechungen teil. Verhandlungsgrundlage war eine bereits ausgearbeitete Vorlage, die den Ausbau und die Fundamentierung der Beteiligung der weiblichen Erwerbslosen am freiwilligen Arbeitsdienst regelt. Wie das Nachrichtenbüro des B.D.Z. weiter meldet, sind bereits bisher rund 10 000 erwerbslose Mädchen im freiwilligen Arbeitsdienst tätig. Man erstrebt, auch sie in geschlossenen Werklagern unterzubringen und dort mit produktiven Arbeiten zu beschäftigen, die für Frauen geeignet sind, z. B. mit Ausbesserungsarbeiten im Rahmen der Winterhilfe, mit Kultivierung von Kleingärten usw. Die Mittel für die Beteiligung der weiblichen Erwerbslosen am freiwilligen Arbeitsdienst sollen von den Gesamtmitteln für diese Zwecke abgezweigt werden.



den Bezirk Nagold n. Altensteig-Stadt

1.40 M. durch Agent. 1.40 M. die Einzelnummer kostet 10 Pf. Infolge d. d. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Rückgabe. Stuttgart 5788 / Teleg.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11.

1897

55. Jahrgang

Rechts- und Verfassungsreform

Entsprechend dem bundesstaatlichen Charakter des Gesamtreiches soll die Eigenstaatlichkeit Preußens nicht weiter angegriffen werden, als das Reichsinteresse erfordert, das ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten verlangt.

Ich darf in diesem Zusammenhang ein Wort einfließen über die heutige Lage. Das Reich hat, wie der Staatsgerichtshof in seinem Urteil anerkannt hat, auf einwandfreier Rechtsgrundlage nach pflichtgemäßem Ermessen die Regierung Preußens vorübergehend in die Hand eines Reichskommissars gelegt. Aus der Konstruktion der Weimarer Verfassung hat nun der Staatsgerichtshof juristisch die Folgerung gezogen, daß die eigene Willensbildung des preussischen Staates gegenüber dem Reich und den eigenen parlamentarischen Körperschaften in der Hand der von den übrigen Staatsgewalten enthobenen bisherigen Regierung verbleiben muß.

Wer versucht, die Dinge vom praktischen Standpunkt des Reichskommissars einerseits und der bisherigen preussischen Regierung andererseits, zu durchdenken, der kommt zu der zwingenden Erkenntnis, daß die versuchte Lösung sehr schwer durchführbar ist, und daß sie den Keim zu neuen unruhigen Auseinandersetzungen in sich trägt. Das Urteil weist aber selbst darauf hin, daß der Herr Reichspräsident unter bestimmten Voraussetzungen die Maßregeln treffen kann, die zur Erzielung einer einheitlichen Politik im Reich und in Preußen notwendig erscheinen. Unter diesen Umständen hat die Reichsregierung die doppelte Pflicht, sowohl den in Preußen beschrittenen Weg folgerichtig und ohne zu wanken weiterzugehen, als auch alle Kraft daran zu setzen, die Reichs- und Verfassungsreform rasch zu einer gedeihlichen Lösung zu führen.

Die Lage am heutigen Tage beleuchtet die Notwendigkeit einer sachgemäßen, organischen und verfassungsmäßigen Regelung des Verhältnisses Reich-Preußen mit besonderer Schärfe.

Preußen soll dabei seine Eigenstaatlichkeit nicht aufgeben, aber es soll als einziges deutsches Land in ein engeres Verhältnis zum Reich treten. Seine eigenstaatliche Willensbildung gegenüber dem Reich soll nicht ausgeschlossen, sondern so organisiert werden, daß Meinungsverschiedenheiten einen brauchbaren Ausgleich von Kabinett zu Kabinett finden können. Ueber die Art dieser systematisch von Ressort zu Ressort zu ziehenden Querverbindungen sind die Erwägungen noch nicht völlig abgeschlossen. Das neue Verhältnis Reich-Preußen ist in den beiden Verfassungen gleichmäßig zu verankern. Die übrigen Länder sind dabei vor einer Majorisierung und sonstiger Benachteiligung zu schützen.

Die Entwicklung seit Weimar hat praktisch zu einer übertriebenen Zentralisation vieler Verwaltungszweige in Berlin geführt und damit Entscheidungen an die falsche Stelle gelegt. Notwendig ist eine starke Verlagerung der Aufgaben auf Länder und Gemeinden, sowie eine Verringerung des Finanzausgleichs mit dem Ziel, daß Länder und Gemeinden Aufgaben übernehmen und durchführen können, zu deren Erfüllung bisher Mittel vom Reich erbehalten werden mußten und deren Gewährung durch das Reich dann eine Mitwirkung nunmehr mitverantwortlich gewordenen Reichs erforderlich. Diese Dinge lassen sich außerhalb der Verfassung ändern sobald man nur den Willen hat, sie einmal leitend anzuordnen.

Der Minister sprach dann über Verfassungsfragen und von einem überprüften Parlamentarismus, gegen den Sicherungen eingebaut werden müßten. Es könne sich um einen Ausbau der Rechte des Reichsrats oder um einen Einbau einer bundesländischen Kammer oder um eine Mischung von beidem handeln. Welchen Weg wir empfehlen, das müßte heute noch offen bleiben. Jeder Versuch sei bisher an dem Wechsel der Regierungen gescheitert. Dieser Zustand sei in Notzeiten untragbar. Es müßte durch Abänderung des Artikels 54 der Reichsverfassung neue Gegenmaßnahmen eingebaut werden für eine gesicherte Regierungsgewalt. Die Vorlage der Reichsregierung werde Vorarbeiten enthalten, um nach Möglichkeit die Rechte des Reichstags nicht unnötig einzuschränken. Wollte abwegig sei es, wenn behauptet werde, die Regierung plane die Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts. Wir halten es für richtig, das aktive und passive Wahlalter um etwa fünf Jahre heranzuziehen und jedem selbständigen Familienernährer, Mann oder Frau, und den Kriegsteilnehmern eine Zusatzstimme zu geben, die die Bedeutung der Familie unterstreicht und den Kriegsteilnehmern den Dank des Vaterlandes zum Ausdruck bringt.

Weitere Mängel, wie das Auftreten kleiner Parteien und die Auswüchse des Listenwahlrechts sollen bei dieser Gelegenheit beseitigt werden. Wir hoffen, dem Reichsrat und dem neuen Reichstag nach seinem Zusammentritt und damit der Öffentlichkeit ein fertiges Programm unterbreiten zu können. Wir rechnen zuversichtlich damit, daß Länder und Volksvertretung die Notwendigkeit dieser Reformen nicht nur theoretisch anerkennen, sondern daß sie ehrlich bereit sein werden, an dieser großen Aufgabe mitzuarbeiten. Die Art des Vorgehens der Reichsregierung auf diesem Gebiet hängt von der innerpolitischen Entwicklung der nächsten Wochen und Monate ab. Darüber aber kann kein Zweifel herrschen, daß die Reichsregierung die von ihr klar erkannte und tiefempfundene Pflicht zur Reform niemals aufgeben wird. Es geht um Deutschland!

Berlin, 28. Okt. Der Verein Berliner Presse gab am Freitag abend in den Räumen des Zoo das traditionelle Jahresbankett zu Ehren der Reichsregierung. Es waren u. a. erschienen Reichskanzler von Baden, die Reichsminister Freiherr von Braun, Freiherr von Gagl, D. Gürtner, Freiherr von Neurath und Schäfer, Dr. Bracht, mehrere Botschafter, Vertreter deutscher Länder und weitere zahlreiche Vertreter der Politik, der hohen Beamtenschaft, der Wirtschaft, der Wissenschaft und der Kunst.

Der erste Vorsitzende des Vereins Berliner Presse, Dr. Erik Klein, sprach einen Trinkspruch auf den Reichspräsidenten. Wir Deutsche sind in der glücklichen Lage, so sagte Dr. Klein, ein Staatsoberhaupt zu besitzen, dessen geistliches Verdienst und menschlicher Wert hoch über allem Streit der Parteien steht. Wir bitten die Vorsehung, die ragende Heldengestalt an der Spitze des Reiches dem deutschen Volke noch lange Jahre gnädig zu erhalten. Auf Hindenburgs Augen ruht heute der Staat.

Nach einer Festrede Dr. Kleins nahm der Reichsminister des Innern Freiherr von Gagl das Wort zu der angekündigten Rede über die Reichs- und Verfassungsreform, in der er einleitend betonte, daß das bisherige Schweben der Reichsregierung nicht Gebetsmüßigkeit gewesen sei, sondern gute Gründe hatte.

Die Fragen der Gesamtreform, so sagte der Minister, sind so schicksalsschwer und so schwierig, daß sie teilsweise und einigende Ueberlegung bis in alle Einzelheiten hinein bedürfen. Sie berühren bedeutsam das Verhältnis zwischen Reich und Ländern auf zahlreichen Gebieten des öffentlichen Lebens, jedoch hier eine frühzeitige sorgsame Fühlnahme zwischen Reich und Ländern erfolgen muß.

Daß die Zustände in Deutschland reformbedürftig sind, wird so allgemein zugegeben, daß ich hierüber keine Worte zu verschweigen brauche. Wir haben uns entschlossen, keine der vorliegenden Lösungen fertig aus der Schublade zu nehmen, so sehr wir den Wert der Vorarbeiten zu schätzen wissen. Wir wollen daher unter Benützung uns zweckmäßig ercheinender Vorschläge anderer einen eigenen Weg sehen. Wollte abwegig wäre es, ausländische Vorbilder auf deutsche Verhältnisse zu übertragen.

Wir versichten gewiß darauf, etwas völlig Neues anstelle der gegenwärtigen Einrichtungen zu setzen und beschränken uns vornehmlich auf den Ersatz mangelhafter Einrichtungen durch bessere, wie sie die Erfahrungen der letzten 18 Jahre fordern. Also nicht Neubau, sondern Ausbau des Staates mit dem Ziel, ihn in den Stand zu versetzen, der Not der Zeit besser Herr zu werden, als es ihm bisher verstanden war. Wenn die Ideen der heranziehenden neuen Zeit eine fühlbare Reife gewonnen haben werden, dann erst wird der Zeitpunkt für Neuerungen kommen, zu deren Verwirklichung unsere Gegenwart noch nicht reifen ist. Aus dieser Erkenntnis und Selbstbeschränkung folgt, daß wir das Vorhandene ausbauen wollen, und daß grundsätzliche Neuerungen unterbleiben werden. Das gilt unter anderen Punkten besonders für die Staatsform. Ich erinnere an die Worte des Herrn Reichskanzlers am letzten Montag und an meine eigene Antrittsrede im Reichsrat, in der ich mich grundsätzlich als Anhänger der monarchischen Idee bekannte, in der ich aber mit Ernst und Nachdruck ablehnte, eine Aenderung der Staatsform auch nur zu erwägen!

Das gilt auch von dem Gedanken des Einheitsstaates. Wer den Versuch gemacht hat, sich ernsthaft in die Geschichte unseres Volkes zu vertiefen, der lehnt trotz Würdigung aller offensichtlichen Vorteile eines Einheitsstaates und trotz der Erfahrungen aus neuester Zeit diesen Gedanken ab und bekennet sich zu dem Bundesstaat, der heute ist, und der so lange bleiben wird, bis eine überwältigende Volksströmung sein Ende fordert.

Es steht heute schon fest, daß kein deutsches Land gegen seinen Willen seiner Eigenstaatlichkeit beraubt und einem größeren Reichsgliede angeschlossen werden soll. Es steht ferner fest, daß eine Vereinigung des Reiches in neue Länder oder Reichsprovinzen nicht in Frage kommt.

Auch die Vereinigung der zahlreichen Entlassenen auf der Landkarte Deutschlands ist keine vorbrüchliche Angelegenheit. Wir halten fest an dem bundesstaatlichen Charakter des Reiches und an der Achtung vor seiner Gliederung und suchen auf der Eigenstaatlichkeit der Länder und den ihnen innewohnenden Kräften, die im Heimatboden wurzeln, das Beste für das Gesamtreich zu entwickeln.

Es ist aber eine durch die Erfahrungen langer Jahre erhärtete Tatsache, daß die bisherige Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen dringend der Neuordnung bedarf.

Der Zustand, den wir in der Gegenwart erleben, spricht deutlicher als lange staatsrechtliche und politische Ausführungen von der Notwendigkeit der Neuordnung des Verhältnisses Reich-Preußen im Sinne einer organischen Verbindung zwischen beiden.

Heute noch

wählen Sie unsere Schwarzwälder Tageszeitung bestellen, wenn Sie dies für den Monat November noch nicht getan haben.



Hugenberg über das Urteil des Staatsgerichtshofes

Kassel, 27. Oktober. Dr. Hugenberg sprach gestern abend in Kassel in einer überaus stark besuchten Massenversammlung. Der große Saal der Stadthalle war schon eine Stunde vor Beginn der Versammlung vollbesetzt. Dr. Hugenberg nahm in seiner Rede einleitend Bezug auf das Urteil des Staatsgerichtshofes und erklärte unter dem Beifall der Versammlung dazu u. a.: Es wird sehr viele Leute in Deutschland geben, die dieses Urteil nicht ganz verstehen. Das Urteil läuft in gewissem Sinne darauf hinaus, daß es zwei preussische Staatsministerien gibt. Ich bin der Meinung, daß das gut ist, denn das stellt die Regierung vor eine ganz klare Entscheidung. Wir haben immer auf dem Standpunkt gestanden, daß das Notstandsrecht des Staates der Reichsregierung das Recht zu ihrem Vorgehen in vollem Umfange gegeben hat. Dieses Notstandsrecht ist an Erkenntnisse von Staatsgerichtshöfen nicht gebunden. Das Vorgehen des Reichspräsidenten von Hindenburg und der jetzigen Reichsregierung ist gerechtfertigt durch die Lebensbedürfnisse des deutschen Volkes und bedarf einer weiteren Rechtfertigung durch die Gerichte nicht. Daß solche juristische Zwirnsfäden noch vor unsere Entwicklung gespannt werden — Zwirnsfäden, die man zerreißen wird — das beweist, daß es gut sein wird, sich bei dieser Wahl der Verantwortung bewußt zu sein, die ein jeder Staatsbürger trägt und vor allem sich bewußt zu sein, daß diese Wahl bestimmt ist, die Klarheit zu vergrößern, die über die Lage in Deutschland bei uns jedenfalls schon in vollem Maße besteht.

Der konstruktive Abrüstungsplan Frankreichs

Paris, 29. Oktober. Ministerpräsident Herriot hat in seiner heutigen Kammerrede den französischen konstruktiven Plan charakterisiert. Das offizielle Resümee dieses Planes lautet folgendermaßen:

Frankreich würde für einen noch zu bestimmenden Zeitpunkt die Verallgemeinerung der Herabsetzung der kurzfristigen Dienstzeit für die im Mutterlande siedenden Landwehrtruppen unter folgenden Bedingungen annehmen:

1. daß alle Formationen, die dieser Heeresorganisation zuwiderlaufen, wie die Reichswehr, aufgelöst und die Volkzeitwehrrückstellungen reglementiert würden;
2. daß die internationale Kontrolle organisiert und das Untersuchungsrecht obligatorisch einbezogen würde;
3. daß, um den Locarnovertrag zu ergänzen, ein regionaler Pakt für gegenseitige Hilfeleistung derart abgeschlossen würde, daß jede europäische Nation daran teilnehmen könne, und daß die auf diese Weise vorgesehene Kollektivmacht ausreiche, um den Angriff zu unterdrücken, wobei diese Streitmacht eine erste Staffellung von nationalen spezialisierten Kontingenten umfassen müsse, die sofort verfügbar wären und über ein mächtiges Material verfügten;
4. daß die Vereinigten Staaten Sicherheitsgarantien, wie sie sie selbst ins Auge gefaßt haben, bewilligen würden;
5. daß die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes sich verpflichten würden, alle Verpflichtungen aus Artikel 16 des Völkerbundespaktes zu erfüllen und
6. daß das Schiedsgerichtsverfahren für alle Teilnehmer am Pakt obligatorisch sein würde.

Nachdem Herriot den Inhalt des konstruktiven französischen Planes bekannt gegeben hatte, schloß er mit der Bemerkung, wenn dieser Plan abgelehnt werde, könne Frankreich nicht für das Scheitern der Konferenz verantwortlich gemacht werden.

Mussolini an die Schwarzhemden

Rom, 28. Okt. Mussolini hat aus Anlaß der zehnten Wiederkehr des Maritimes aus Rom eine Botschaft an die faschistischen Formationen ganz Italiens gerichtet, welche u. a. wie folgt lautet: Schwarzhemden von ganz Italien! Das erste Dezzennium der Revolution schließt unter der erhabenden Begünstigung des gesamten Volkes. Während die großen öffentlichen Worte in Jahrhunderten unieren Aufbaumillen verstanden werden, stellt die Ausgestaltung der faschistischen Revolution den heiligen, ausdrucksvollen und feierlichen Beweis der von uns gebrachten Opfer dar. Das zweite Dezzennium wird neue Aufgaben, neue Anstrengungen und Opfer von uns verlangen. Wir werden ihnen mit dem wachsamsten Sinn der Verantwortung und unangefochten heiliger Brüderlichkeit geschlossen entgegenzutreten. Die Erinnerung an die überlebenden Prüfungen durchwacht unsere Herzen und macht sie stark für die Zukunft.

Neues vom Tage

300 Todesopfer eines Taifuns

Paris, 28. Okt. Wie die Agentur Judo Pajisque aus Saigon meldet, hat der Taifun, der am 15. Oktober über den Annamitischen Küstengegenden niedergegangen ist, 300 Todesopfer gefordert. Der Sachschaden ist ungeheuer.

Schnellzug Nanjing—Schanghai verunglückt — 90 Opfer

Schanghai, 28. Okt. Der Schnellzug Nanjing—Schanghai ist am Freitag bei Souchow entgleist. Der Lokomotivführer hatte die Haltsignale, die Rottenbauarbeiten anzeigten, übersehen. Die Zahl der Toten und Verwundeten wird auf etwa 90 geschätzt.

Kinder finden eine Granate — 17 Tote

Schanghai, 28. Okt. Durch die Explosion einer Granate, die Kinder in einem Müllhaufen gefunden hatten, wurden in Schanghai 17 Personen getötet und 19 verletzt.

100 bolivianische Soldaten im Chaco verdurstet

Buenos Aires, 28. Okt. Nach einer Mitteilung des Kriegsministeriums haben sich drei bolivianische Soldaten einem paraguayischen Borspotten gestellt und erklärt, daß sich 4 Offiziere und 170 Mann ihres Regiments im Urwald verirrt hätten. Daraufhin ist eine Rettungskolonie abgeschickt worden, die im Chaco die Leichen von 100 bolivianischen Soldaten aufgefunden hat. Allem Anschein nach sind die verirrten Bolivianer verdurstet.

Bauer und Handwerker lies deine Zeitung

Wohl kaum ein Beruf ist arbeitsreicher als der des Bauern. Kaum eine mühsige Stunde gibt es im Laufe des Jahres für den tüchtigen Landmann, wenn auch nach dem Herbst etwas Ruhe in seinem Betriebe eintritt. Dem Bauern hilft in seinem Daseinskampf aber nicht allein die Arbeit mit der schweligen Faust, diese muß vielmehr auch vom Kopf unterstützt werden und diese Unterstützung vermittelt die Tageszeitung, vermittelt das große Heimatblatt des Landwirts, die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“. Das gleiche gilt auch für den Handwerker und Gewerbetreibenden. In den jetzt besonders schweren Zeiten wäre es von den Landwirten, den Handwerkern und den Gewerbetreibenden falsch, zu glauben, sie könnten ohne Zeitung auskommen. Schon oft konnte man es erleben, daß Bauern, Handwerker und Geschäftsleute durch die falsch angebrachte Sparjamkeit, keine Tageszeitung zu lesen, zu Schaden gekommen sind. Es genügt auch nicht für die genannten Erwerbstreife, die Fachpresse allein zu lesen, sondern in jedes Bauernhaus und in das Heim der Handwerker gehört eine Tageszeitung, die für den Landwirt und die übrigen Erwerbstreife täglich außerordentlich Wissenswertes neben dem politischen Inhalt bringt. Gerade die jetzt einkehrenden langen Abende bringen für den Leser wieder mehr Zeit für eine beschaufliche Betrachtung der Welt und ihrer Ereignisse. Darum bestelle man auch für den kommenden Monat November die Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ und halte ihr die Treue.

Die monatlichen Mütterberatungsstunden der Bezirksfürsorgerin im Gemeindehaus fallen in den Wintermonaten Dezember, Januar und Februar aus. Die letzte findet am Montag, den 31. Oktober statt. Frauen und Mädchen, die sich für die Abhaltung eines Kinderpflegesurses in diesem Winter interessieren, werden ersucht sich an diesem Tag bei der Bezirksfürsorgerin zwischen 2 und 4 Uhr Nachmittags zu melden. (Siehe Inserat in der heutigen Nummer).

Welpspargtag und Darlehensfassenverein. Es wird uns geschrieben: In weiten Kreisen der Mitglieder der ländlichen Darlehensfassenvereine wird der Sinn des Welpspartages nicht mehr verstanden, denn gerade auf dem Lande ist die Not der Bevölkerung so groß, daß das Sparen als Unmöglichkeit angesehen wird. Die Schwere der Notlage soll gewiß nicht verkannt werden, trotzdem ergeht der Mahnruf „Spare“ am heutigen Welpspartag an alle Bevölkerungstreu und somit auch an die im Bezirk von Darlehensfassenvereinen wohnende Bevölkerung. Selbst der kleinste Spargroschen trägt dazu bei, die allgemeinen wirtschaftlichen Nöte irgendwie zu erleichtern. Der Pfennig muß es bringen, viele Wenig geben ein Viel. Zur Erfüllung der den Darlehensfassenvereinen gestellten Aufgabe der Kreditversorgung des ländlichen Mittelstandes bedürfen die Darlehensfassen des Vertrauens der Sparer- und Mitgliederfreie mehr denn je. Der Mahnruf zum Sparen ergeht auch an diejenigen Mitglieder der Darlehensfassenvereine, die Pflichten haben, an die Schuldner. Nur durch Einschränkung und äußerste Sparjamkeit sind Abzahlungen auf Schulden möglich. Deshalb werden die parsamen Schuldner den Welpspartag zu einer wenn vielleicht auch kleineren Verringerung ihrer Schuldbelastung benötigen. Wenn Sparer und Schuldner so zusammenwirken, wird die genossenschaftliche Selbsthilfe und Nächstenliebe es ermöglichen, die schlimmste aller Notzeiten zu überwinden. Vom Bezirksverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften ergeht daher am Welpspartag die Mahnung zur Mithilfe an alle genossenschaftlichen Kreise, die guten Willens sind. (Siehe Inserat.)

Den Bericht von der Versammlung des Christl. Volksdienstes mußten wir wegen Raummangels auf Montag verschieben.

Was wird nach der 20-Wochenfrist im Arbeitsdienst. Wie wir aus unterrichteten Kreisen hören, läuft demnächst für viele Erwerbslose die 20 Wochen-Frist ab, für die sie im freiwilligen Arbeitsdienst untergebracht werden konnten. Zu der Frage, ob nun die Gefahr bestehe, daß nach Ablauf dieser Frist die Erwerbslosen wieder in die erzwungene Untätigkeit zurückkehren müßten, wird darauf aufmerksam gemacht, daß damit zu rechnen ist, daß auch in diesem Winter wieder Schulungsturse zur Erweiterung und Erhaltung der Berufstüchtigkeit der Erwerbslosen veranstaltet werden. Andere Möglichkeiten, als die der Fernhaltung der Erwerbslosen von der Straße durch weitere Ausbildung, würden sich nur ergeben, falls es doch noch gelingen sollte, mehr Mittel für den freiwilligen Arbeitsdienst flüssig zu machen.

Kö. Nagold, 28. Oktober. (Freiwilliger Arbeitsdienst. — Notstandsarbeit.) In Taillingen-Neubringen wird Anfang nächsten Monats ein neues Lager für den freiwilligen Arbeitsdienst errichtet, in dem ungefähr fünfzig Arbeitsdienstwillige untergebracht werden. Durch diesen Arbeitsdienst wird ein Verbindungsweg zwischen Taillingen und Neubringen gebaut. Die Arbeit erstreckt sich über 8500 Tagewerte, wird also ca. Neben Monate dauern. Die Kosten belaufen sich auf insgesamt 7000 Mark. Das Lager wird vom Nationalen Hilfsdienst betreut. — Das Lager des freiwilligen Arbeitsdienstes in Mähringen wurde nach Beendigung der Arbeiten aufgelöst. Zugleich wird dort von zunächst 11 Mann eine Notstandsarbeit durchgeführt mit 750 Tagewerten und 3000 Mark Gesamtkosten.

Nagold, 28. Oktober. (Vom Gemeinderat.) Der Gemeinderatsführung voraus ging eine Sitzung der Ortsfürsorgebehörde. — Es melden sich immer wieder junge Leute in den freiwilligen Arbeitsdienst. Das zweite Lager ist vollbesetzt mit 65 Mann. Um die Neumeldenden doch noch unterzubringen, soll ein Gehaus um Erhöhung der Stützanzahl auf 70 eingereicht werden. — Zu dem weiblichen Arbeitsdienst haben sich wider Erwarten von hier erst 8-9 junge Mädchen unter 25 Jahren gemeldet. Nach den gesetzlichen Vorschriften kann es sich aber nur um ein geschlossenes Lager handeln, in welchem die Mädchen Unterkunft und Verpflegung, Schürzen, Stiefel und ein Taschengeld von etwa 35 Pfennig erhalten. Dagegen sollen die Anmeldeungen aus der nächsten Umgebung viel zahlreicher sein. — Die vom Bezirkswohlfahrtsverein überwiesenen Mittel sind an 29 Hochwassergeschädigte vom 16. Mai ds. Js. verteilt worden. Die von einigen Hochwassergeschädigten vom unteren Kreuztal angemeldeten Haftpflichtfälle, in welchen die Stadt wegen angeblich technischen Fehlers, also wegen Fahrlässigkeit, verantwortlich gemacht werden will, sind unserem Haftpflichtversicherungsverein zwecks Uebernahme der Deduktion der Stadt längst vorgelegt worden. — Gegen einzelne städtische Mieter, die mit Mietzins längere Zeit im Rückstand sind und nach ihren wirtschaftlichen Verhältnissen zur Bezahlung des Mietzins in der Lage sind, soll Klage auf Räumung der städtischen Wohnungen beim Amtsgericht eingereicht werden. — In der hierauf folgenden Gemeinderatsitzung wurde zunächst mitgeteilt, daß das Kultministerium die in der neuen Schulgeordnetung vorgeschriebene Genehmigung des Schulgelds an der ganz von der Stadtgemeinde unterhaltenen Klasse 7 der Realschule mit Lateinabteilung in Höhe von 250 Mark jährlich erteilt hat. — Der mit den Unternehmern Christian Friedrich Hörmann, Pfälzerer, hier und Jakob Kohler von Koffeladen abgeschlossene Werkvertrag über die Herstellung des Horngrabenwegs im Badwald bei Bad Röttenbach als Notstandsarbeit wird mit einem Aufwand von 7464 Mark genehmigt. — In dem von Wolf Gropp in Rohrdorf auf 1. November 1932 gekündigten Fischwaljervertrag mit der Stadt vom 12. November 1928 ist Ludwig Wohlbold, Elektrizitätswerkbesitzer, auf den Rest der Pachtperiode bis 31. Oktober 1932 eingetreten mit der Maßgabe, daß sich der Pachtpreis von 205 Mark wegen der wirtschaftlichen Verhältnisse um 20 Prozent ermäßigt, also noch 164 Mark beträgt. — Der Vorsitzende berichtet noch eingehend über den ersten Nachtrag zum Hauptetat 1932. Danach gehen nach der Mitteilung des Finanzministeriums im „Staatsanzeiger“ die Ueberweisungssteuern an Einkommen- und Körperschaftsteuer um 15 Prozent und an Umsatzsteuer um 20 Prozent zurück. Das macht einen Ausfall im laufenden Etat von mindestens 7500 Mark. Dazu kommt, daß die an Stelle der Bürgersteuer 1932 tretende Einwohnersteuer 3500 Mark weniger beträgt, als im Etat vorgesehen war. Aller Wahrscheinlichkeit nach reichen auch die Fürsorgemittel nicht aus, weil die Zahl der Arbeitslosen und Wohlhabtererwerbslosen seit diesem Frühjahr sich noch weiter gesteigert hat, so daß auch hier mit einem Mehraufwand von immerhin 4000 Mark zu rechnen ist. Der Etat 1933 wird mit Bestimmtheit noch größere Ausfälle bringen, wenn auch aus dem Steinbruch, dem Stadtwald und dem Wasserwerk vielleicht etwas mehr zu erwarten ist, so werden die Ueberweisungssteuern und die Gewerbesteuer wesentlich zurückgehen, mindestens zusammen um 20 000 Mark, und auch das Schulgeld an der Realschule mit Lateinabteilung wird sich in der bisherigen Höhe nicht halten lassen. Andererseits wird der bis herige Aufwands im Rechnungsjahr 1933 noch weiter steigen, wenn auch der Zinsaufwand, der Antschaden und der Aufwand auf Straßen und Wege noch etwas zurückgehen wird. Bei dieser Lage muß nach Erlassung der Entscheidung gesucht werden, sowohl für den Abmangel für 1932 wie für den zu erwartenden Ausfall für 1933. In Betracht kommt die Einführung der Getränkesteuer, die Erhebung des mehrfachen des Landesjahres für die Bürgersteuer 1933, von deren Ertrag bis zur Hälfte noch für das Rechnungsjahr 1932 verrechnet werden könnte, und auch eine Verdoppelung oder Verdreifachung der Einwohnersteuer 1932. Endgültige Beschlüsse sollen aber erst in der nächsten Sitzung gefaßt werden. — Frau Geisler hat krankheitsbedingt die Stelle der Schulpfängerin im roten Schulhaus auf 1. November gekündigt. Auf ergangenen Aufruf im „Gesellschaftler“ haben sich 22 Frauen und Mädchen von hier beworben. — Auch ein Zeichen der Notzeit!

Wildbad, 27. Oktober. (Winterfürsorge.) In der letzten Gemeinderatsitzung, die wieder unter Leitung des aus dem Urlaub zurückgekehrten Bürgermeisters Baegner stand, wurde einstimmig beschlossen, die Notküche wie im vorigen Winter einzurichten und durchzuführen. Die Räume im früheren Schwarzwalddorf werden für diesen Zweck unentgeltlich zur Verfügung gestellt; ebenso der Brennstoff und die Beleuchtung. Außerdem soll eine Kleiderjammung durchgeführt werden; das Ausbessern der gesammelten Kleidungsstücke, sowie das Kochen, Herrichten der Lebensmittel, Spülen usw., soll durch Mädchen und Frauen geschehen, die im freiwilligen Arbeitsdienst beschäftigt werden. An das Arbeitsamt wurden hierzu die nötigen Anträge gestellt. Anschließend behandelte der Gemeinderat die Eingaben des Auslaufes der Erwerbslosen, die Kasse für die Familien der Erwerbslosen forderten. Der Gemeinderat beschloß, das städtische Fortamt zu ermächtigen, kleine Schlafräume von 4-5 Raummetern zu einem Durchschnittspreis von 20 Pfg. pro Raummeter an Bedürftige abzugeben.

Milburg O.L. Calw, 28. Okt. (Brand.) Donnerstag nacht ist das erst 1927 erbaute Anwesen von Landwirt Ulrich Kentschler niedergebrannt. Vom Dachstuhl aus griff das Feuer auf das angebaute Wohnhaus über und legte auch dieses bis zum Oberstod in Asche.

Heiligenbronn, O.L. Oberndorf, 28. Oktober. (75 Jahre Kloster und Erziehungsanstalt Heiligenbronn.) Am Dienstag beging das Kloster und Erziehungsanstalt Heiligenbronn die Feier seines 75jährigen Bestehens. Bei dem Festgottesdienst hielt Bischof Dr. Sproll die Predigt.

Schwenningen a. N., 28. Oktober. (Große Wild-, Fisch- und sonstige Diebereien aufgedeckt.) Durch die Zusammenarbeit der hiesigen und Tuninger Landjägerbeamten ist es gelungen, in den letzten Tagen einer umfangreichen Wild- und Fischdieberei auf die Spur zu kommen. Das Gebiet erstreckt sich auf die nähere und weitere Umgebung, und zwar auf die Waldungen der hiesigen Umgebung, hauptsächlich aber auf die Waldungen von Hellingen, Kirnach, Peterzell, Bräunlingen, Hüßingen, Hühlsche Waldungen, Donaueschingen, Heiligenberg und Willendorf. Die Wilddiebe scheuten sich nicht, von der Straße weg Jagdhunde einzufangen, mit denen sie die Jagd ausübten. Die Wilddieberei wurde teilweise mit geschlossenen Netzen und die Fischerei mit gestellten Netzen von Tuningen ausgeübt. Die Diebe haben sich Rehwild an einer öffentlichen Straße ausgeweidet. Die Gewehre mit Munition versteckten sie in einem Hühlschuppen. Die Haupttäter befinden sich in Untersuchungshaft, darunter ein hiesiger Geflügel- und Wilddreihändler.



Tuttlingen, 28. Okt. (Ein Rubel-Schwindler gefaßt.) Vorgestern hat ein Fremder, der im Besitz von über 100 000 russischen Rubeln war, bei einer in Engen, Mähringen und hier einen Teil des außer Kurs gelaufenen Geldes umzuwechseln versucht und auch erhalten. Als bei der hiesigen Bank Verdacht aufgetaucht ist und Anzeige erstattet wurde, war der Gauner bereits mit dem Zug weiter gefahren. Auf Grund der eingeleiteten kriminalpolizeilichen Maßnahmen konnte er aus dem Schnellzug heraus in Stuttgart verhaftet werden. Er ist noch im Besitz von etwa 1500 Mark in deutschem Geld und ca. 60 000 russischen ungeläufigen Rubeln.

Waldstann, O.A. Crailsheim, 28. Oktober. (Meteorstein.) Am letzten Samstagabend vor 6 Uhr ist zwischen Waldstann und Tempelhof ein fünf Pfund schwerer Meteorstein aus dem Welttraum zur Erde gefallen. Der Stein ist in der Nähe von Hütchen in den Boden eingeschlagen. Sie können von Glück sagen, daß sie von ihm nicht getroffen wurden. Die Hütchen hörten ein starkes Rischen in der Luft und darauf einen Aufschlag auf der Erde. Als sie den Platz absuchten, fanden sie dann einen sehr heißen Meteorstein, in zwei Stücke zerbrochen. Trotzdem der Stein in kaltes Wasser gelegt wurde, war er nach ein paar Stunden noch sehr warm. Es besteht die Absicht, einen Teil des Steines dem Heimatmuseum in Crailsheim zu überlassen.

Niederrain, 28. Okt. (Die Wirkung des Heurigen: ein Faß gesprengt.) Ein auswärtiger Wirt hatte in einem hiesigen Keller 1000 Liter neuen Wein gelagert. Als man nun Kartoffeln holen wollte, mußte man mit großem Schrecken wahrnehmen, daß das Faß gesprengt und das köstliche Raß den Keller überflutet hatte. Der Grund soll die zu kleine Gärperiode gewesen sein.

Reutlingen, 28. Okt. (Auch Reutlingen unter Regierungsdiktat.) Im Gemeinderat schlug es wie eine Bombe ein, als der Stadtvorstand das Regierungsdiktat auf Einführung der 500prozentigen Bürgersteuer vortrug. Für die Bezirks- und Körperschaftsverwaltung gilt der Reutlinger Etat für 1932 als nicht ausgeglichen. Einmal habe man 12 000 RM, ungedeckten Abmangel offen gelassen, zum andern seien die Reichsteuerverbesserungen zu hoch eingeschätzt, zum dritten seien Ausfälle bei den aus dem Jahre 1930 herangezogenen Reistmitteln zu befürchten. Die Ausschussbehörde rechnet so ein Defizit von 65 000 RM. aus. Der Gemeinderat war empört über das Diktat und beschloß, eine Kommission nach Stuttgart zu entsenden.

Rottenburg, 28. Okt. (80. Geburtstag.) Am 4. November kann Schreinerlehrenobermeister Karl Vollmer, Ehrenpräsident der Handwerkskammer Reutlingen, seinen 80. Geburtstag begehen.

Vom bayerischen Allgäu, 28. Okt. (Unterdrückung.) Wegen schwerer Urkundenfälschung und Amtsunterschlagung wurde der ehemalige Geschäftsführer der Ortskrankenkasse Kempten, Versicherungsrat Wegscheid, verhaftet; am andern Tage wurde auch der Kassier, Verwaltungsekretär Johann Pflüger, in Haft genommen. Die Verfehlungen kamen bei einer Revision ans Licht. — Der 57 Jahre alte verheiratete Obersteuereinspektor Adolf Liberum von Markt-Oberdorf, der beim Finanzamt Markt-Oberdorf Gelder unterschlagen und Fälschungen gebücht hatte, wurde vom Gericht in Kempten zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus verurteilt.

Von der Volksrechtspartei
Stuttgart, 28. Okt. Von der Volksrechtspartei wird geschrieben: Um Mißverständnisse zu vermeiden, wird darauf hingewiesen, daß die Volksrechtspartei keinen eigenen Reichswahlvorschlagn eingereicht hat, weil sie ein Wahlabkommen mit dem Christlich-Sozialen Volksdienst getroffen hat. Auf der Reichsliste des Christlich-Sozialen Volksdienstes stehen an aussichtsreicher Stelle die Kandidaten der VVP, in erster Linie der bisherige Abgeordnete Bauer. Dagegen hat die Volksrechtspartei in sämtlichen Wahlkreisen Kreiswahlvorschläge eingereicht, die nach der Bestimmung des Reichsministers des Innern die Nr. 14 tragen.

Aus Baden
Mannheim, 27. Oktober. In Ludwigshafen konnte eine aus fünf Personen bestehende Diebesbande festgenommen werden, die in den letzten Monaten in Mannheim und Ludwigshafen nicht weniger als 90 Fahrräder gestohlen und durch Vermittlung einer Anzahl Diebster in verschiedenen Orten der Pfalz und in Baden abgesetzt hat. Bisher konnten 48 Fahrräder wieder beigebracht werden.

Das Kraftfahrwesen steht vor dem Ruin!

Falsche Benzinpreispolitik — die Folge: Stilllegung von Fahrzeugen und Steuerausfall für das Reich.
Es gibt keinen Wirtschaftszweig, der in ähnlicher Weise belastet ist, wie das deutsche Kraftfahrwesen, und es gibt keinen Bedarfsartikel der Wirtschaft, der so überwertet ist wie das Benzin. Man vergegenwärtige sich, daß allein an Kraftfahrsteuer für ein Kraftrad bis zu 88 Mark, für einen Kraftwagen bis zu 400 Mark jährlich aufzubringen sind und daß weiter in Deutschland der Treibstoff vor dem 1. Oktober bereits zum Sechsfachen des Erzeugerpreises von 6-8 Pfennig für den Liter verkauft wurde. Nichts liegt näher, als dem Verfall dieses wichtigen Wirtschaftszweiges durch Verbilligung der Kraftfahrzeughaltung entgegenzuwirken. Deutlich genug offenbart sich der Verfall in dem Absatzschwund, in Arbeitslosigkeit, Zusammenbrüchen und Bilanzan der Automobilindustrie, im Treibstoffhandel und vor allem in der bevorstehenden Stilllegung von mindestens einem Drittel der zugelassenen Fahrzeuge.
Statt dessen führte die Einigung der am Treibstoffmarkt beteiligten Großfirmen über die Vereitelung der Märkte überem Bernehmen noch dazu, daß die Preise weiter um 7 Pfennig pro Liter, das sind 20 Prozent, gesteigert werden sollen. Die Erhöhung soll kufenweise erfolgen. Ihr Ertrag wird zum kleineren Teil der Landwirtschaft bezw. einigen norddeutschen Spritbrennereien durch Erhöhung

des Spritbeimischungszwanges zugute kommen, in der Hauptsache aber den Treibstofffirmen, die ihren im gegenseitigen Konkurrenzkampf aufgeblähten ungeheuren Verteilungsapparat amortisieren wollen. Der Anfang zu dieser Preisdiktatur ist bereits gemacht: am 1. Oktober erhöhten sich die Zapfstellpreise um 2 Pfennig, am 11. Okt. um weitere 2 Pfennig für den Liter; zwei neue Aufschläge von zusammen 4 Pfennig stehen dicht bevor. Jetzt schon haben die Benzinpreise in den Zeiten größter wirtschaftlicher Not Höchstpreise erreicht, die für viele Kraftfahrzeugbesitzer einfach unerträglich sind. Es steht außer Frage, daß der Benzinverbrauch aller Kraftfahrzeuge sich auf ein geringeres Maß vermindern muß. Die Fahrzeugabmeldungen und damit der Steuerausfall des Reiches werden in diesem Winter Rekordziffern erreichen. In Kreisen der Kraftfahrer ist man verständlicherweise aufs äußerste erregt. Der Allgemeine Deutsche Automobil-Club ruft in allen Ortsgruppen des Reiches zu Protestversammlungen auf. Die Ortsgruppe Nagold-Altensteig lädt zu einer Kundgebung für Sonntag, den 30. Okt. nachmittags 1/3 Uhr im „Waldhorn“ in Echhausen ein. Die Einladung gilt insbesondere auch den Kraftfahrzeughaltern, die ihre Fahrzeuge den Winter über abmelden bzw. schon abgemeldet haben. (Siehe Inserat.)

Aus dem Gerichtssaal

Kö. Nagold, 28. Oktober. (Wenn man seine Zeitung nicht liest!) Das hiesige Amtsgericht hatte sich mit einem Fall zu beschäftigen, wo eine alte Mauerpistole ohne Ladestreifen und Schlagbolzen einen ganzen Bandwurm von Verfehlungen gegen Passengesetz und Rotverordnung hinter sich herzog und zwar auch deswegen, weil die beteiligten drei Angeklagten ihre Zeitung kaum oder gar nicht gelesen hatten. Ein Hatterbacher Bürger hatte seit Kriegsende diese besagte Pistole in seinem Kasten liegen. Er verkaufte sie an einen anderen Hatterbacher um 20 Mark und dieser wieder vertauschte sie gegen ein Buch an einen Unterreichenbacher Arbeitskollegen. Alle drei verließen also ohne es zu wissen, weil sie die Bekanntmachungen in der Zeitung nicht gelesen hatten, gegen das Schusswaffengesetz, zumal sie auch die Waffe nicht angemeldet hatten. Der zweite Verfehlerte führte außerdem die Waffe, nachdem er sie hergerichtet hatte, auf einer Motorradfahrt mit sich und gab aus ihr im Walde einige Schüsse ab. Es handelte sich also bei ihm um einen Verstoß gegen die vierte Rotverordnung vom 8. Dez. 1931 und um einen Verstoß gegen das Gesetz über den Waffennachbrauch vom 4. Febr. 1932. Der Staatsanwalt beantragte gegen Nr. 1 10 A Geldstrafe wegen eines fahrlässigen Verstoßes gegen das Gesetz, gegen Nr. 2 15 A und 20 A Geldstrafe sowie drei Monate Gefängnis als Mindeststrafe wegen eines Verstoßes gegen die Rotverordnung und gegen Nr. 3 ebenfalls 3 Monate Gefängnis wegen eines gleichen Verstoßes. Das Urteil lautete dagegen für Nr. 1 auf 10 A, für Nr. 2 auf 15, 15, 20 und 30 A Geldstrafe und für Nr. 3 auf 15 und 25 A Geldstrafe und auf Tragung der Kosten. Der Staatsanwalt hat gegen dieses Urteil inwischen Berufung eingelegt und es ist sehr zu befürchten, daß die Angeklagten, die zum Teil arbeitslos sind, auf Grund der starken Gefesse härter angefaßt werden. — Die Lehre: Es hatte sich jeder seine Heimatzeitung und studierte sie recht genau!

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Bermittler Marder aufgefunden

Wickelstadt (Odenwald), 28. Okt. Seit zwei Wochen wurde der Stadtpfarrer in Wickelstadt, Holmerer, vermißt. Nun trat aus einem bayerischen Krankenhaus die Mitteilung ein, daß er sich dort befindet. Der Vermittler, der ursprünglich nach Wildbad zur Erholung fahren wollte, hatte im Jittertal eine Bergtour unternommen und in einer Berghütte übernachtet. Am nächsten Morgen war jedoch die Hütte östlich eingeschneit, so daß ein Abstieg ins Tal unmöglich war. Der eingeschlossene mußte zehn Tage in der Hütte bleiben und konnte sich nur mit dem wenigem Nahrung, das er für seinen Ausflug mitgenommen hatte. Am 24. Oktober wurde durch einen Zufall der östlich Entträtete in der Hütte entdeckt und in ein Krankenhaus gebracht, wo erst jetzt keine Personalien festgestellt werden konnten.

Die Ottawa-Bille. Das englische Unterhaus hat die Vorlage über die Abkommen von Ottawa in 2. Lesung mit 423 gegen 77 Stimmen angenommen.

Auch in der englischen Provinz Arbeitslosenkundgebungen. In Birmingham, Manchester, Glasgow und anderen Provinzstädten wurden Arbeitslosenkundgebungen gegen den Bedürftigkeitsnachweis veranstaltet. Sie verliefen jedoch ohne ernste Zwischenfälle.

Erwerbslosendemonstrationen in Sidney. Wegen des Bedürftigkeitsnachweises kam es im Industriebezirk von Sidney zu ersten Unruhen.

Gandhi wird nicht freigelassen. Der Vizekönig hat in Antwort auf ein Schreiben des Mohammedanerführers Schakhat Ali, der um Freilassung Gandhis gebeten hatte, kein Bedauern ausgesprochen, Gandhi nicht freilassen zu können, ohne eine Erklärung Gandhis, daß er sich vollkommen von der Bewegung des zivilen Ungehorsams loslauge.

Handel und Verkehr

Wildberg, 27. Oktober. (Befehwechfel.) Die im Konkurs sich befindliche hiesige Apotheke ging um den Preis von 60 000 RM. in den Besitz des Apothekers Hasis von Pflanzingen bei Stuttgart über.

Märkte

Breisau, 27. Okt. (Wochenmarkt vom 27. Okt. Zufuhr: 18 Ochsen, 56 Kühe, 21 Kalbinnen, 20 Rinder. Preise: Ochsen 220-400, Kühe 150-350, Kalbinnen 250-400, Rinder 100-180 RM. Perkeht 1100. Verkauft etwa ein Drittel.

Esslshelm, 28. Okt. (Schafmarkt.) Zufuhr: 84 Hammel, 288 Mutterlamm, 17 Göllschafe, 141 Jährlinge, 490 Lämmer. Preise: Hammel 36, Mutterlamm 28-41, Göllschafe 22, Jährlinge 30 bis 44, Lämmer 22-31 RM. le ovo Paar.

Mannheim, 28. Okt. (Wettere Wechpreiserhöhung.) Die süddeutschen Großmühlen, die letzte Woche ihre Wechpreise um 0,30 RM. pro Saß ermäßigten, haben eine weitere Preiserhöhung ihrer Fabrikate um 0,40 RM. pro Saß eintreten lassen. Die Preise stellen sich für südd. Weizenmehl, Spezialmehl per Oktober-Dezember-Lieferung, auf 29,80 RM. für besag. Sondermehl mit Auslandsweizen auf 30,80 RM., für südd. Weizenmehl, gleiche Mählart und Lieferzeit, auf 32,80 RM. bzw. 33,80 RM. und für südd. Weizenbrotmehl auf 21,80 RM. bzw. 22,80 RM. per 100 Kilo wassonfrei Mannheim.

Börsen

Berliner Börse vom 28. Okt. Freundlicher lautende Konjunkturberichte, steigende Sparlasseneinlagen, festere Auslandsmeldungen, Discontohoffnungen und eine beruhigtere Auffassung der innerpolitischen Lage scheinen erstmalig beim Publikum Kaufinteresse auszulösen zu haben. Jedenfalls genüteten die kleinen Kaufaufträge, um die eher noch unten neigende Börse zu Deckungen und Rückkäufen zu veranlassen. Die Tendenz war durchaus freundlich und eine ganze Reihe von Wertien erzielten Kursbefestigungen bis zu 1 Prozent. Auch im Verlaufe blieb die Stimmung für Aktien und Renten freundlich. Eine gewisse Störung ging allerdings von dem etwas schwächeren Pfund aus.

Getreide

Berliner Produktenbörse vom 29. Okt. Weizen märk. 189 bis 191, Futterweizen 196, Roggen märk. 152-154, Braugerste 170 bis 180, Futter- und Industrieerste 162-168, Hafer märk. 130 bis 139, Weizenmehl 23,50-27, Roggenmehl 19,25-21,76, Weizenkleie 9-9,40, Roggenkleie 8,25-8,60, Wiltorierbrenn 22-24, kleine Speiseerdlen 20-23, Futtererbsen 14-16 RM. Allgemeine Tendenz: freundlicher.

Letzte Nachrichten

Bertrauensvotum für Herriot

Paris, 29. Oktober. Die Kammer hat in früher Morgenstunden durch Annahme der Vertrauensstagesordnung der Radikalen Francois Albert und Genossen mit 430 gegen 20 Stimmen der Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Für die Vertrauensstagesordnung stimmten die Sozialisten, die Radikalen und die meisten Mitglieder der Abgeordneten der Mitte. Die 20 Gegner gehören der Rechten und der Republikanischen Föderation Louis Marin an. Der Rest der Kammer enthielt sich der Abstimmung.

Verantwortlich für die Schriftleitung: L. Paul.
Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Bergebung von Bauarbeiten

Ich habe im Auftrag von Herrn Karl Rienzle, Spielberg die bei dessen Wohnhaus- und Scheuer-Neubau zur Ausführung kommenden:
Beton-, Maurer-, Zimmer-, Schmiede-, Dachdecker-, Flaschner-, Gipser-, Schreiner-, Glaser-, Schlosser-, Maler-, Tapezier-, Elektro- und Wasserinstallationsarbeiten zu vergeben. Vorschläge liegen beim Bauherrn auf und werden gegen Erfaß der Schreibkosten an Unternehmer, welche sich um die Uebertragung der Arbeiten bewerben wollen, von Sonntag nachmittags 2 Uhr ab beim Bauherrn abgegeben. Die Angebote für Maurer- und Zimmer-Arbeit müssen bis Donnerstag, 3. Nov., die der anderen Arbeiten bis Samstag, 5. Nov. je abends 6 Uhr beim Bauherrn wieder abgegeben werden.
Die Bauleitung: Th. Körner jg., Baumeister für landw. Baumeisen, Stuttgart, Reinsburgstr. 97. Telef. 61051.

Ausnahmeangebot
aus meinem großen Warenlager in:

Herrenanzüge	zweiteilig A 18.- 26.- 30.- 36.- 42.- 50. bis A 60.-
"	dreiteilig A 25.- 36.- 48.- 60.- bis A 90.-
"	vierteilig A 45.- 60.- 70.- bis A 90.-
Burthenanzüge	A 14.- 20.- 25.- 30.- 40.- bis A 60.-
Knabenanzüge	A 6.- 10.- 12.- 15.- 22.- 28.- bis A 40.-
Herrenmäntel	ein- u. zweiteilig A 17.- 22.- 36.- 45.- 60.- bis A 90.-
Burthenmäntel	ein- u. zweiteilig A 14.- 18.- 24.- 30.- 36.- bis A 60.-
Knabenmäntel	A 7.- 10.- 14.- 18.- 22.- bis A 30.-

in nur guten Qualitäten

Chr. Theurer, Nagold
Herren- und Knabendeckleidung in Maß und Konfektion

60 Pfennig
nur kostet ein guter
Emalte-Elmer
grau 28 cm groß bei
Karl Bühler
Altensteig
(Paul Beck)

Briefpapiere
in jeder Ausführung mit und ohne Druck liefert schnell und preiswert die
W. Rieker'sche Buchdruckerei.

Butterpergamentpapier empfiehlt die Buchhandlung Laaf, Altensteig.

Reichstagswahl.

Die Wahl findet am

Sonntag, den 6. November 1932

Hat. Abgestimmt wird in Nagold, Altensteig, Ebhausen, Gatterbach und Wildberg von vormittags 9 bis nachmittags 6 Uhr

in den übrigen Gemeinden des Bezirks von vormittags 11 bis nachmittags 5 Uhr.

Die Städte Nagold und Altensteig bilden je 2 Stimmbezirke.

	Es stimmen in Nagold. Die Wähler mit den Anfangsbuchstaben	im Wahlraum	Abstimmungsvorsteher
1.	A—K	Kathausaal	Bürgermeister Maier
2.	L—Z	alten Knabenschulhaus	Sparkassendirektor Ditt
in Altensteig			
3.	die Wähler links der Nagold	Kathaus	Bürgermeister Pfizenmaier
4.	„ „ rechts der Nagold	unteren Schulhaus	Stadtpfleger Krapp

Alle übrigen Gemeinden bilden je einen Stimmbezirk. Wahlort ist jeweils das Rathaus. Abstimmungsvorsteher ist in Schlettingen Gemeinderat Luz, in den übrigen Gemeinden der Ortsvorsteher.

Nagold, den 28. Oktober 1932.

Oberamt: Baitinger.

Aufruf zur Winterhilfe.

Trotz manchem Anzeichen einer Besserung der Wirtschaftslage gibt es dennoch wieder einen schweren Winter wirtschaftlicher Bedrängnis zu überstehen. Opfermut des einen für den andern, tätige Nächstenliebe müssen auch in diesem Winter starke Helfer sein. Ich richte daher an alle die dringende

Bitte

auch für den kommenden Winter in der Liebestätigkeit nicht nachzulassen. Lindert die allgemeine Not, die gerade in unserem von der Wirtschaftskrise, von Hagel und Unwetter hart betroffenen Bezirk besonders groß ist. In allen Gemeinden sind örtliche Sammlungen an Geld, Lebensmitteln und Kleidern vorgesehen, deren Ergebnis restlos dem Bezirk verbleibt.

Ich bitte diesen Sammlungen zu einem vollen Erfolg zu verhelfen.

Saben nehmen entgegen: die örtlichen Sammler, die Bürgermeisterämter und Pfarrämter, sowie der Kassier des Vereins, Rechnungsrat Kieger hier (Strokonto Nr. 173 bei der Oberamts Sparkasse).

Nagold, den 28. Oktober 1932.

Bezirkswohltätigkeitsverein: Baitinger.

Mütterberatungsfunde

Montag, den 31. Oktober von 2—4 Uhr im Gemeindehaus.

Decken Sie bitte Ihren Bedarf in
Strumpf- und Handarbeitswolle
bei C. Frik, Altensteig
Sie finden da große Auswahl, gute Qualitäten und billigste Preise.

Berneck.

Sonntag und Montag
(Markttag)

Metzelsuppe

wozu freundlichst einladet



Bauer zum „Röble“.

Ueberberg.

Am Sonntag, den 30. Oktober

Metzelsuppe

mit
musikalischer Unterhaltung

Es ladet freundlichst ein

Seeger zur „Linde“.

Saalbau z. „Löwen“ Nagold

Sonntag, 30. Oktober 1932
von 1/2 3—12 Uhr

letzte Herbst-TANZ-Unterhaltung

unter Mitwirkung der Stadt-
kapelle Nagold. Eintritt frei.

Altensteig

- Bananen gelbe
- Ehkaftanien
- Walnüsse
- Erdnüsse
- Tafeläpfel
- Tafelbirnen
- Kranzfeigen
- Tafelweigen i. Pkt.
- Muskatdatteln in Pak.
- Tafeltrauben weiße
- Trauben, Meraner
- blanc

1 Pfd. 25, 3 Pfd. 70 ₤

bei

Chr. Burghard jr.

Stimmersfeld.

Morgen Sonntag

Metzel-Suppe

mit süßem Neuwiederer Wein

wozu höflichst einladet



Burster zur „Sonne“

Achtung Kraftfahrer!

Das deutsche Kraftfahrwesen wird erdroffelt!

Wir laden sämtliche Kraftfahrer des Bezirks und seiner Umgebung zu einer

Protestversammlung

gegen die bereits erfolgten und noch geplanten Benzinpreiserhöhungen um 20 Prozent

auf Sonntag, den 30. Oktober 1932, nachmittags 1/2 3 Uhr in's Gasthaus zum „Waldhorn“ in Ebhausen ein.

Eintritt frei!

Es gilt, geschlossen Kampfmaßnahmen zu beschließen.

Kraftfahrklub Nagoldtal (KDK.) Ortsgruppe Nagold-Altensteig.

Turnverein Altensteig.

Morgen Sonntag
Beginn der Rückrunde

Handball

Tv. Altensteig II / Tv. Hochdorf II
Beginn 1/2 4 Uhr.

Tv. Altensteig I / Tv. Calw I
Beginn 2/2 4 Uhr.

Jedermann ist freil. eingeladen.

Freie Turnerschaft Altensteig

Serienspiel

Arbeiterporz. Altensteig I
gegen

Arbeiterporz. Bonlanden I
Spielbeginn 3 Uhr.

Wir bitten die hiesige Arbeiterschaft, sowie Freunde und Gönner des Vereins um zahlreichen Besuch.

Neue Möbel???

Nein! Die allen aufgefrischt mit Dr. Erle's Möbelputz

„Wunderschön“

Löwen-Drogerie Hiller.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst

23. Sonntag n. Dr., 30. Okt.,
Vormittagsgottesdienst um
10 Uhr mit Predigt über:
Apostelgesch. 20, V. 17—28:
Ein guter Abschied. Lied 37.

Nachher Kindergottesdienst.

Nachmittags 1/2 2 Uhr Christen-
lehre mit den Töchtern.

Abends 1/2 8 Uhr Gemeinschafts-
stunde.

Am Dienstag abd. 8 Uhr Bibel-
stunde im Lutheraal.

Methodistengemeinde.

Sonntag, den 30. Okt. vor-
mittags 9/2 Uhr Predigt
vormittags 10/2 Uhr Son-
tagsschule.

abends 7/2 Uhr Predigt

Mittwoch, den 2. November
abends 8 Uhr Bibel- und
Gebetsversammlung.

Haarausfall

Schuppen beseitigt
Dr. Erle's echter
Brennessel Gelst
M. 1.50 Hochprozentig! M. 2.25
Niederlage: Apotheke

Gottlieb Wurster
Gertrud Wurster
geb. Seitzinger
Vermählte
Berneck
Altensteig
Oktober 1932
Altensteig

Ein dauernder Berater in Krankheitsfällen
Frau Ottilie Schlecht Naturheilkundige
Altensteig, Poststraße 105 im Hause Hans Schmidt.
Fachberatung nach bewährten Methoden der Homöopathie
und Biochemie.

Zum Weltspartag!

Spargelder

auch in kleinsten Beträgen nimmt bei
bester Verzinsung von jedermann entgegen
Gewerbebank Altensteig e. G. m. b. H.

Einladung!

Am Montag, den 31. Oktober, abends 1/2 8 Uhr im
Gasthof z. „Orlinden Baum“, Altensteig Filmvorführung:
**„Die Maggiwerke
in Singen am Hohentwiel.“**
Es werden interessante Bilder aus dem großen deutschen
Nahrungsmittelwerk gezeigt und anschließend Kostproben
von Maggi's Erzeugnissen gratis verabreicht.
Jedermann herzlich willkommen! Eintritt frei!
Nachmittags um 4 Uhr für Schulen

Wollene Strümpfe

Größe
1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 11
65, 74, 84, 95, 105, 115, 125, 135, 145, 155, 165
bei
Reinhold Hayer.

